

Pressedienst Nr. 16469
Donnerstag, 16. Februar 2023

EU-Kommission verklagt Belgien wegen Verstößen gegen die Nitratrichtlinie	1
Absatz von Bioprodukten trotz Teuerung stabil	1
Almwirtschaftsvertreter legen EU-Umweltkommissar Wolfsresolution vor	3
Rübenbauern sehen Versorgung mit heimischem Zucker nach EuGH-Urteil gefährdet	5
Holzmarkt: Weiterhin rege Nachfrage nach allen Sortimenten	6
Strasser: Heimisches Biogas für mehr Energieunabhängigkeit	7
RWA kauft Massivhausanbieter und Franchisegeber Town & Country in Österreich	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Kommission verklagt Belgien wegen Verstößen gegen die Nitratrichtlinie

Aktionsprogramm stammt aus dem Jahr 2014

Brüssel, 16. Februar 2023 (aiz.info). - Die Europäische Kommission verklagt Belgien vor dem Gerichtshof der Europäischen Union, weil das Land keine ausreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Nitratbelastung in der Wallonischen Region ergriffen habe. Gemäß der Nitratrichtlinie müssen die Mitgliedstaaten ihre Gewässer überwachen und diejenigen ermitteln, die von Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen betroffen sind oder betroffen sein könnten. Außerdem müssen sie geeignete Aktionsprogramme zur Verhütung und Verringerung dieser Verunreinigung aufstellen.

"Das Aktionsprogramm für die Wallonische Region stammt aus dem Jahr 2014 und erfüllt nicht die Anforderungen der Nitratrichtlinie für solche Aktionsprogramme. Obwohl die Grundwasserqualität sich an etwa 30% der Grundwassermessstellen verschlechtert hat, haben die belgischen Behörden dieses Aktionsprogramm nicht überarbeitet, um es mit den Anforderungen der Nitratrichtlinie in Einklang zu bringen", heißt es von Seiten der Brüsseler Behörde.

Im Februar 2014 habe die Kommission Belgien ein Aufforderungsschreiben, im November 2019 ein ergänzendes Aufforderungsschreiben und im Juli 2020 eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Trotz einiger Fortschritte hätten die belgischen Behörden die Missstände nicht vollständig behoben, argumentiert die Kommission. (Schluss)

Absatz von Bioprodukten trotz Teuerung stabil

Klimaschutz, Tierwohl und Nachhaltigkeit Motive für den Biokauf

Nürnberg, 16. Februar 2023 (aiz.info). – Bio trotz wirtschaftlichen Herausforderungen. Das war der Tenor bei der Pressekonferenz anlässlich der Biofach, der Weltleitmesse für Bioprodukte, in Nürnberg. Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**, AMA-Marketing Geschäftsführerin **Christina Mutenthaler-Sipek** und Bio Austria Obfrau **Gertraud Grabmann** erklären, dass die Konsument:innen Bio-Produkten trotz Inflation treu geblieben sind und die Bio-Umsätze konstant hoch sind.

Totschnig: Wollen Bio-Flächenanteil bis 2030 auf 35% steigern

"Wir sind Bioland Nr. 1 in der EU und unser Ziel ist, dass das auch so bleibt. Das gelingt mit dem 'Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft', der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik und mit den Konsument:innen als wichtige Partner. Unter Berücksichtigung der Nachfrage wollen wir den Bio-Flächenanteil bis 2030 auf 35% ausweiten. Zum Vergleich: Europa sieht einen Bio-Flächenanteil von 25% bis 2030 vor. Die Zahlen zeigen, Bio ist trotz allgemeiner Teuerung krisenfest. Der Absatz von Bioprodukten ist im vergangenen Jahr stabil geblieben. Die Konsument:innen halten Bio die Treue, umso mehr gilt der Appell, dies auch weiterhin zu tun", so Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig.

Gesellschaftlicher Wertewandel als Bio-Treiber

Dass die hochgesteckten Ziele auch erreicht werden können, zeigt die im Auftrag der AMA-Marketing durchgeführte qualitative Bio-Motivanalyse vom August 2022.

Waren vor zehn Jahren die Motive für Bio-Einkäufe noch primär die Selbstfürsorge und der gute Geschmack, so greifen Konsument:innen heute stärker wegen Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umweltschutz und Tierwohl in das Bio-Regal. Bei jenen Konsument:innen, die besonders viel Bio kaufen, sind die Aspekte der Nachhaltigkeit von Bio sogar an die erste Stelle der Bio-Motive gerückt. Die Bio-Käufer:innen sind vor allem bei Familien mit Kindern, aber auch in gut situierten urbanen Haushalten und bei der jungen Generation verortet, die beispielsweise auf das neueste Smartphone verzichtet, um stattdessen bewusster zu essen.

Bio-Fleisch punktet durch Tierwohl

"Der Zugang zu Bio hat sich in den letzten zehn Jahren entscheidend verändert", erläutert Christina Mutenthaler-Sipek, Geschäftsführerin der AMA-Marketing. "Einerseits richtet sich die Aufmerksamkeit der Konsument:innen auf nachhaltige Landwirtschaft, weil das Thema durch die Klimakrise in den Fokus gerückt ist. Hinzu kommen artgerechte Tierhaltung und ein ressourcenschonender Umgang mit den Böden. Andererseits wächst eine junge Generation heran, deren Wertesystem stark vom Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt ist. Bio-Lebensmittel werden sowohl häufiger als auch mengenmäßig mehr gekauft. Vor allem bei Bio-Vielkäufern ist das Fleisch als wichtige Bio-Kategorie dazu gekommen", freut sich Mutenthaler-Sipek über die Entwicklung.

Bio-Anteil im LEH erreicht Höchststand von 11,5%

Dieser Trend lässt sich auch entsprechend durch Zahlen aus dem RollAMA-Haushaltspanel belegen. Die Umsätze mit Bio-Lebensmitteln im Lebensmitteleinzelhandel sind 2022 um 3,7% gestiegen, während die gekaufte Menge an Bio-Lebensmitteln um 3,5% gesunken ist. "Der Grund für den Rückgang der Mengen liegt unter anderem im wieder häufigeren Außer-Haus-Konsum nach Ende der Lockdowns. Vergleicht man die Zahlen mit dem Vor-Corona-Jahr 2019, dann ist ein klarer Aufwärtstrend deutlich zu sehen: Mengenmäßig gab es von 2019 bis 2022 eine Steigerung um 31,2 und wertemäßig um 42,7 Prozent", so Mutenthaler-Sipek weiter.

Der Bio-Anteil im Lebensmitteleinzelhandel hat 2022 mit 11,5% über alle Warengruppen hinweg einen neuen Höchststand erreicht. Innerhalb der einzelnen Warengruppen gibt es deutliche Unterschiede bei den Bio-Anteilen: Besonders hoch sind sie bei Trinkmilch (29,5%) und Joghurt natur (26,4%). Deutlich gestiegen sind die Bio-Anteile bei Fleisch und Geflügel (plus 1%), Frischobst (plus 1,7%) und Frischgemüse (plus 2%). Mit einem Bio-Anteil von 22,5% hat sich Frischgemüse 2022 zur drittstärksten Bio-Warengruppe katapultiert. Allerdings gab es Rückgänge bei Eiern (minus 3,9%) und Erdäpfeln (minus 2%).

Bio-Produkte sind um 7,5% teurer geworden

Die Preissteigerungen 2022 betreffen konventionelle Lebensmittel mit einem Plus von 11,5% wesentlich stärker als Bio-Lebensmittel, die um 7,5% teurer geworden sind. Die Haushaltsausgaben für Bio-Lebensmitteln betragen durchschnittlich 259 Euro. Am stärksten ist Bio bei den "älteren Familien" verankert, sie geben im Vergleich pro Jahr mit 376 Euro am meisten für Bio-Lebensmittel

aus. Danach folgen junge Familien mit älteren und jüngeren Kindern, die pro Jahr 311 bzw. 287 Euro für Bio ausgeben.

"Bio hat sich auch in der schwierigen Situation der allgemeinen Teuerung als krisenfest erwiesen. Trotz widrigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist der Bio-Umsatz – sogar im Vergleich zum Rekordjahr 2021 – gestiegen und hat mit 11,5% Bio-Anteil ein neues Allzeit-Jahreshoch erreicht. Das ist bemerkenswert! Und es bestätigt in eindrucksvoller Weise einmal mehr, dass die Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich starke und verlässliche Partner der biologischen Landwirtschaft und der Biobäuerinnen und Biobauern sind", zeigt sich Bio Austria Obfrau Gertraud Grabmann erfreut. Der weiter oben bereits genannte geringere Preisanstieg bei Bio-Lebensmitteln sei ein wesentlicher Faktor, der zu einem stabilen Absatz beigetragen habe. "Ein möglichst stabiler Preis ist in Zeiten galoppierender Inflation ein wichtiges Argument beim Griff ins Regal. Die Menschen haben gesehen, dass Bio entgegen hartnäckigen Vorurteilen nicht unleistbar wird. Im Gegenteil: Bio bremst die Inflation im Lebensmittelbereich", so Grabmann.

27% der landwirtschaftlichen Fläche ist Bio

Die Bio-Erfolgsgeschichte in Österreich lässt sich auch an den Produktionskennzahlen ablesen. Derzeit werden in Österreich 24.196 Höfe biologisch geführt, was einem Anteil von 22,5% aller landwirtschaftlichen Betriebe entspricht. Die Biobetriebe bewirtschaften insgesamt 688.809 Hektar Fläche, das sind knapp 27% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Seit 2015 ist damit die Anzahl der Biohöfe um 17% angestiegen und die biologisch bewirtschaftete Fläche um satte 25% gewachsen. (Schluss)

Almwirtschaftsvertreter legen EU-Umweltkommissar Wolfsresolution vor

Funktionäre aus Österreich, Südtirol und Bayern in Straßburg vor Ort

Straßburg, 16. Februar 2023 (aiz.info). - Eine Resolution zum Thema Wolfsproblematik adressiert an EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius hat der Obmann der Almwirtschaft Österreich, Erich Schwärzler, gemeinsam mit Alm- und Bergbauernvertretern aus Südtirol und Bayern in Straßburg übergeben. Bei dem Treffen mit dem EU-Umweltkommissar wurde von den anwesenden Almwirtschafts-Vertretern klar kommuniziert, dass die Almen und die Berglandwirtschaft durch die enorme Zunahme des Wolfsbestandes und der dadurch bedingten Nutztierverluste existenziell bedroht sind. Eine weitere Botschaft in Richtung des Kommissars war, dass Herdenschutz aufgrund des meist steilen Geländes, der schwierigen Topografie, der Kleinstrukturiertheit (kleine Herden, viele Auftreiber) weder technisch umsetzbar, noch finanzierbar ist. Diese Argumente wurden anhand von Bildern und Grafiken untermauert. "Es braucht Lösungen auf EU-Ebene wie die Herabsetzung des Schutzstatus und mehr nationalen Spielraum", so die Forderung der Obmänner.

Nachdem die Zuständigkeit für dieses Thema auf EU-Ebene im Wesentlichen beim Umweltkommissar liegt, konnten die Forderungen durch diesen Termin an die höchstmögliche Instanz gerichtet werden. Laut den Almwirtschaftsvertretern zeigte der Kommissar beim Gespräch durchaus Verständnis für die geschilderten Sorgen der Almbewirtschafteter. Es sei nicht in seinem Sinn, dass wegen des Wolfes die Bewirtschaftung von Höfen aufgegeben werde, erklärte der Kommissar. Für ihn sei jedoch Herdenschutz in unterschiedlichen Formen ein Lösungsansatz, um weiter Alm- und

Berglandwirtschaft in Wolfsgebieten betreiben zu können, und er verwies dabei auch auf "scheinbar" erfolgreiche Projekte.

Von Seiten der Almvertreter wurde darauf jedoch entgegnet, dass diese Projekte nicht repräsentativ seien. "Die durchschnittlich in der Praxis viel kleineren Herden, oft von mehreren unterschiedlichen Auftreibern, die fehlenden Arbeitskräfte und die immens hohen Kosten machen eine breite Umsetzung unmöglich." Der Kommissar wies darauf hin, dass es durchaus Möglichkeiten gäbe, in den Ländern Ausnahmen zur Anwendung zu bringen - insbesondere, wenn Gefahr in Verzug ist und Wölfe in Siedlungsgebieten eindringen. Diese Aussage wird von den Agrarvertretern so interpretiert, dass zumindest in Siedlungsnähe auch Entnahmen möglich seien.

Kommissar sagt Gespräche bei Aufenthalt in Österreich zu

Positiv werten die Agrarvertreter, dass der Kommissar für weitere Gespräche mit der Almwirtschaft offen ist. Die nächste Möglichkeit könnte sich bereits bei einem Besuch in Österreich im heurigen Sommer ergeben. Angestrebt wird, dass mit Sinkevi ius dabei die Wolfsproblematik in der Praxis auf einer Hochalm weiter diskutiert wird. Nur so könne er sich tatsächlich ein Bild von den Gegebenheiten machen und eventuell erkennen, dass unter diesen Rahmenbedingungen Herdenschutz keine Option sei, so die Obmänner.

Die Almwirtschaftsvertreter bedankten sich bei den österreichischen EU-Abgeordneten Alexander Bernhuber und Simone Schmiedtbauer dafür, dass dieser wichtige Termin möglich gemacht wurde, sowie für die große Unterstützung bei der Planung und vor Ort in Straßburg. Ein weiterer Dank wird an den Südtiroler Abgeordneten Herbert Dorfmann für die Mitwirkung und das Einbringen seiner Expertise gerichtet.

"Auch wenn der Weg zu praktikablen Lösungen des Problems auf europäischer Ebene wohl noch etwas andauern wird, so sind gerade solche Termine wichtige Schritte in die richtige Richtung", sind die Obmänner und Vorsitzenden der Alm- und Bergbäuerlichen Interessenvertretung im Alpenraum überzeugt. Wesentlich sei dabei auch, dass man in dieser für die Alm/Alpwirtschaft existenziellen Frage länderübergreifend auftrete. Die weitere Vernetzung der europäischen Alm-/Alp- und Berglandwirtschaft könnte hierbei einer der Schlüssel zu Lösungen sein, so der gemeinsame Tenor.

Neben dem Obmann der Almwirtschaft Österreich, Erich Schwärzler, waren auch der Landesobmann des Südtiroler Bauernbundes, Leo Tiefenthaler, der Vorsitzende des Alpenwirtschaftlichen Vereins im Allgäu, Franz Josef Hage, der Vorsitzende des almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern, Josef Glatz, sowie die Obmänner aus Tirol und Kärnten Josef Lanzinger und Josef Obweger in Straßburg vor Ort. (Schluss)

Rübenbauern sehen Versorgung mit heimischem Zucker nach EuGH-Urteil gefährdet

Karpfinger kritisiert "heuchlerische Doppelmoral" der EU-Politik

Wien, 16. Februar 2023 (aiz.info). - Für die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshof (EuGH) nach einer Klage einer Umweltschutzorganisation in Belgien, Zuckerrübensaatgut künftig nicht mehr mit Neonicotinoiden zu behandeln, fehlt der heimischen Interessenvertretung "Die Rübenbauern" jegliches Verständnis. Die Folgen für Österreich sind fatal, warnt die Vereinigung vor steigenden Zuckerimporten aus Übersee sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und der Eigenversorgung mit Zucker in Österreich.

"Es kann wohl nicht im Sinne der EU sein, hierzulande die Produktion zurückzufahren, alles zu verbieten und sich damit das grüne Mäntelchen umzuhängen und gleichzeitig das Tor für Importe aus Regionen zu öffnen, die bei weitem nicht mit den Produktionsstandards der EU vergleichbar sind. Jüngstes Beispiel von dieser heuchlerischen Doppelmoral ist das Mercosur-Freihandelsabkommen, das seitens der Europäischen Union wieder aufgenommen und weiterverhandelt wird", kritisiert **Ernst Karpfinger**, Präsident von "Die Rübenbauern".

Keine Alternativen zur Bekämpfung des Rübenderbrüsslers

Rund ein Drittel bis zur Hälfte des österreichischen Zuckerrübenanbaugebiets kämpfe seit einigen Jahren gegen den Rübenderbrüssler, der besonders schwer bekämpfbar sei und in kürzester Zeit enorme Schäden durch Kahlfraß von ganzen Zuckerrübenflächen verursache. In den letzten Jahren habe sich der Schädling durch die trockene Witterung immer mehr ausgebreitet und sei nur durch die Anwendung von geringen Mengen an Neonicotinoiden in der Saatgutbehandlung regulierbar.

"Der Boden des Anbaugebietes wird ständig auf Larvenbesatz des Rübenderbrüsslers untersucht, sodass die Entwicklung der Population beobachtet und Rückschlüsse für das folgende Jahr getroffen werden können. Parallel dazu wird mittels Bienenmonitoring Jahr für Jahr bewiesen, dass der Einsatz der geringen Wirkstoffmengen an Neonicotinoiden im Zuckerrübenanbau keine negativen Folgen für die Bienen hat", erläutert Karpfinger.

Jedoch sei zwischenzeitlich geklärt worden, dass die Sondersituation in Österreich mit den begleitenden Maßnahmen keinen rechtlichen Spielraum für eine Notfallzulassung schaffe. "In der Europäischen Kommission ist darüber hinaus auch kein politischer Wille erkennbar, Maßnahmen zu ergreifen, um in Zukunft die Neonicotinoide für die Zuckerrübensaatgutbehandlung im Rahmen einer Notfallzulassung zu ermöglichen. Die Vereinigung 'Die Rübenbauern' muss diese Entscheidung der EU-Institutionen sowie der österreichischen Behörden zur Kenntnis nehmen", zeigt sich Karpfinger enttäuscht.

Rübenanbaufläche wird sinken

Dürfen Neonicotinoide über eine Notfallzulassung nicht mehr verwendet werden, erwartet der Verband eine Verringerung der Anbauflächen mit Rüben besonders in den Befallsgebieten mit dem Rübenderbrüssler. Auch die verbleibende Rübenfläche drohe dem Schädling zum Opfer zu fallen, da es keine alternativen, wirksamen Bekämpfungsmethoden gebe. Die restlichen Zuckerrübenflächen könnten laut dem Verband im schlimmsten Fall nicht mehr ausreichen, um die bisher seit

Jahrzehnten sichergestellte Eigenversorgung mit heimischem Zucker aus österreichischen Zuckerrüben sicherzustellen. Auch wäre Österreich mit einem Schlag importabhängig und könnte nicht mehr genügend Rohstoffmengen für den wirtschaftlichen Betrieb der zwei Zuckerfabriken in Niederösterreich bereitstellen.

"Umwelt-NGOs versuchen seit Jahren, mit fragwürdigen Studien Druck auf die Europäische Kommission auszuüben, die dadurch Entscheidungen herbeiführt, die sich nachhaltig negativ auf die Europäische Union und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln auswirkt. Wer die landwirtschaftliche Produktion in Europa verunmöglicht, macht sich an der Urwaldzerstörung mitschuldig, weil dort künftig noch mehr Produktion für Europa stattfinden wird", übt Karpfinger scharfe Kritik. (Schluss)

Holzmarkt: Weiterhin rege Nachfrage nach allen Sortimenten

Preise seit Jänner leicht im Plus

Wien, 16. Februar 2023 (aiz.info). - Am heimischen Holzmarkt ist die Nachfrage nach Fichtensägerundholz aktuell sehr rege. Sturm und Schneefall von Anfang Februar haben regional zu vereinzelt kleineren Schäden geführt, die anfallenden Mengen werden derzeit vom Markt aufgesogen. Bereitgestellte Mengen werden, sofern es keine witterungsbedingten Einschränkungen gibt, rasch abtransportiert und übernommen. Es sind keine Waldlager vorhanden. Die Preise haben im Jänner etwas zugelegt und liegen österreichweit für Fichte A/C 2b+ zwischen 107 und 125 Euro je Festmeter (FMO). Auch bei Kiefer konnte eine Nachfragebelebung - mit regional gestiegenen Preisen - beobachtet werden. Lärche hält nach wie vor ihr hohes Preisniveau, die Nachfrage übersteigt zumeist das Angebot, geht aus dem jüngsten Holzmarktbericht der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich hervor.

Am Laubsägerundholzmarkt ist die Eiche nach wie vor die am stärksten nachgefragte Holzart. Dies spiegelte sich auch in den Wertholzsubmissionen wider. Das Höchstgebot von 3.392 Euro/fm fiel auf eine Eiche, der wertvollste Stamm mit 6,5 fm war ebenso eine Eiche und erlöste rund 10.000 Euro. Aber auch Rotbuche und Esche sind am Markt derzeit stark nachgefragt. Laubholz sollte zum Qualitätserhalt außerhalb der Saftzeit geerntet werden. Daher wird empfohlen, geplante Nutzungen in den kommenden Wochen abzuschließen.

Industrierundholz wird zügig übernommen

Die Standorte der Papier-, Zellstoff- und Plattenindustrie sind weiterhin für Industrierundholz voll aufnahmefähig. Der Abtransport der Mengen erfolgt zügig, es wird kontinuierlich übernommen. Die Preise haben sich gefestigt und liegen deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Rotbuchenfaserholz wird bei gestiegenen Preisen stark nachgefragt. Esche lässt sich unverändert zum Vormonat problemlos vermarkten.

Die Nachfrage nach Energieholz ist bei tendenziell steigenden Preisen ungebrochen rege. Nachdem die Konsumenten ihre Lager für Brennholz befüllt haben, ist die Nachfrage nach diesem Sortiment aktuell ruhig. Die Preise sind auf hohem Niveau stabil.

Die LK-Experten raten, die aktuell günstigen Bedingungen am Holzmarkt zu nutzen, um vor allem auch teurere Pflegeeingriffe zum Wohle des klimafitten Waldes durchzuführen. (Schluss)

Strasser: Heimisches Biogas für mehr Energieunabhängigkeit

Erneuerbare-Gase-Gesetz in Begutachtung geschickt - Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Energiewende

Wien, 16. Februar 2023 (aiz.info). - In ihrem Regierungsprogramm hat die Bundesregierung vereinbart, den Anteil an Biogas in Österreich erhöhen zu wollen. Nun geht das Erneuerbare-Gase-Gesetz (EGG) in eine sechswöchige Begutachtung. "Mit der Forcierung von heimischem Biogas wird eine langjährige Forderung des Bauernbundes erfüllt. Dank des Engagements von Bundesminister Norbert Totschnig steht die Land- und Forstwirtschaft nun als wichtiger Partner bei der Bereitstellung erneuerbarer Ressourcen zur Verfügung. Wir schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Einerseits ist mit der Produktion von Biogas eine sinnvolle Reststoffverwertung möglich, andererseits schaffen wir mehr Energieunabhängigkeit. Die Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Energiewende und bietet nachhaltige Lösungen für eine sichere Versorgung mit Lebensmitteln und Energie", begrüßt Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** diesen Schritt.

7,5 Terawattstunden bis 2030

Das Ausbauziel bis 2030 wurde mit 7,5 Terawattstunden (TWh) definiert, was 7,7% des gesamten Gasverbrauches entsprechen soll. Ausschließlich in Österreich produziertes Gas wird angerechnet. "Regionalität ist ein Schlüsselfaktor. Dabei können wir auf vorhandene Potenziale zurückgreifen: Rund 260 Biogasanlagen gibt es in Österreich bereits, technologisches Know-how ist ebenso vorhanden. Dank des notwendigen politischen Willens können wir den Ausbau von Biogas vorantreiben und damit auch unsere selbst gesteckten Klimaziele erreichen. Energieunabhängigkeit und Klimaschutz können wir nur gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern schaffen", betont Strasser. (Schluss) APA OTS 2023-02-16/09:00

RWA kauft Massivhausanbieter und Franchisegeber Town & Country in Österreich

Wolf: Produkt- und Serviceangebot in den Bereichen Baustoffe sowie Haus und Garten wird komplettiert

Korneuburg, 16. Februar 2023 (aiz.info). - Die RWA Raiffeisen Ware Austria AG übernimmt die FABU Beteiligungs GmbH - Town & Country Lizenzgeber Österreich. Grünes Licht dafür kam von der zuständigen Wettbewerbsbehörde, teilte die RWA mit. Town & Country Haus stehe seit vielen Jahren für umfassendes Franchise-Know-how in den Bereichen Planung, Bau und Vertrieb von energiesparenden Ein- und Zweifamilienhäusern. "Im Verbund mit den Lagerhaus-Genossenschaften ist die RWA das führende Unternehmen für Haus, Hof und Garten. Die Lagerhaus-Genossenschaften sind Komplettanbieter und Fachleute in den Vertriebsschienen Baustofffachhandel und Bau- und Gartenmarkt. Die Marke Town & Country erweitert unser umfassendes System-Angebot. In

Verbindung mit RWA und Lagerhaus kann das Potenzial der Marke voll ausgeschöpft werden", erklärt **Reinhard Wolf**, Generaldirektor der RWA.

Die FABU Beteiligungs GmbH ist seit 2006 Lizenzgeber der Marke für neun Lizenzpartner in Österreich. Schwerpunkt von Town & Country ist der gesamte Bauprozess von Systemhäusern, beginnend mit der Akquisitionsphase bis hin zur schlüsselfertigen Übergabe des Hauses. Die einzelnen Baufortschritte werden vollumfänglich digital abgewickelt, berichtet die RWA. Seit der Unternehmensgründung wachse Town & Country Haus kontinuierlich. Das Unternehmen habe sich zum Ziel gesetzt, eine breite Käuferschicht auf dem Weg zu den eigenen vier Wänden zu begleiten, wird betont. Aktuell werden nach eigenen Angaben rund 250 Häuser pro Jahr in Österreich verkauft.

"Wir werden das Angebot von Town & Country kontinuierlich ausbauen und langfristig die Marktführerschaft in Österreich einnehmen. Durch die Nutzung von Synergien in den unterschiedlichsten Unternehmensbereichen und unser breites Netzwerk können wir die Qualität des Angebotes auf ein neues Level bringen", so **Stefan Mayerhofer**, Vorstandsdirektor RWA.

Die Geschäftsführung der FABU Beteiligungs GmbH wird zukünftig der Gründer und Eigentümer Manfred Fangmeyer gemeinsam mit Thomas Marx, Bereichsleiter Haus und Garten und Baustoff-Fachhandel in der RWA, übernehmen. (Schluss)